

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/010(V)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 07.12.2009	Ratssaal	16:00Uhr	19:25Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
- 6.2 Sanierung der Humboldt-Sporthalle A0103/09
Interfraktionell
WV v. 30.04.09
- 6.2.1 Sanierung der Humboldt-Sporthalle S0153/09

6.3	Grundsatzbeschluss zum Ersatzneubau der Friedhofskapelle Salbke Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 28.05.09	A0099/09
6.3.1	Grundsatzbeschluss zum Ersatzneubau der Friedhofskapelle Salbke Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0099/09/1
6.3.2	Grundsatzbeschluss zum Ersatzneubau der Friedhofskapelle Salbke	S0301/09
6.4	Deutscher Städtetag - RGRE FDP-Fraktion WV v. 28.05.09	A0113/09
6.4.2	Deutscher Städtetag - RGRE	S0212/09
6.4.1	Deutscher Städtetag - RGRE	A0113/09/1
6.5	Volkshochschule organisiert thematische Reisen in Magdeburger Partnerstädte Fraktion DIE LINKE WV v. 13.08.09	A0133/09
6.5.1	Volkshochschule organisiert thematische Reisen in Magdeburger Partnerstädte	S0274/09
6.6	Luther-Pilgerweg FDP-Fraktion WV v. 13.08.09	A0136/09
6.6.1	Luther-Pilgerweg	S0276/09
6.7	Teiche an Magdeburger Anglerverein e. V. Fraktion CDU/BfM WV v. 13.08.09	A0145/09
6.7.1	Teiche an Magdeburger Anglerverein e. V.	S0308/09

6.8	Aussetzen der Umstellung des Sammelsystems der Wertstoffentsorgung Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV v. 13.08.09	A0152/09
6.8.1	Aussetzen der Umstellung des Sammelsystems der Wertstoffentsorgung	S0261/09
6.9	Vergabe von Kita-Plätzen in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion DIE LINKE WV v. 10.09.09	A0159/09
6.9.1	Vergabe von Kita-Plätzen in der Landeshauptstadt Magdeburg	S0293/09
6.10	Ortsteiltafeln Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 08.10.09	A0172/09
6.10.1	Ortsteiltafeln	S0330/09
6.11	Lichtsignalanlage "Große Diesdorfer Straße/Schmeilstraße" Fraktion DIE LINKE	A0221/09
6.11.1	Lichtsignalanlage "Große Diesdorfer Straße/Schmeilstraße" Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0221/09/1
6.12	Städtepartnerschaftskongress Fraktion DIE LINKE	A0223/09
6.12.1	Städtepartnerschaftskongress Fraktion CDU/BfM	A0223/09/1
6.13	Akustisch signalisierte Lichtsignalanlagen Fraktion DIE LINKE	A0224/09
6.14	Barrierefreiheit im Soziokulturellen Zentrum "Feuerwache" Sudenburg Fraktion DIE LINKE	A0228/09

6.15	Stadtbibliothek: Fahrbibliothek/Virtuelle Zweigstelle Fraktion DIE LINKE	A0229/09
6.16	Aufstockung des GWA-Initiativfonds Fraktion DIE LINKE	A0222/09
6.17	Etablierung einer geförderten Personalstelle zur Präventionsarbeit bei der AIDS-Hilfe Magdeburg Fraktion DIE LINKE, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0236/09
6.18	Stadtteilmanager für Neu Olvenstedt - Stand der Vorbereitung Fraktion DIE LINKE	A0242/09
6.19	Wirken des Tierschutzbeirates der Landeshauptstadt Magdeburg FDP-Fraktion, Dr. Kutschmann Fraktion CDU/BfM	A0230/09
6.20	Händedesinfektion FDP-Fraktion	A0231/09
6.21	Beschwerde- und Schlichtungsstelle FDP-Fraktion	A0232/09
6.22	Gläsernes Rathaus II Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0226/09
6.23	Ausweitung der Onlinedienste auf der Internetpräsenz der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/BfM	A0234/09
6.24	Mehrgenerationenplatz Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0238/09
6.25	Nutzung des ehemaligen Standortes der Comeniusschule für das Stadtteilmanagement Neustadt Fraktion CDU/BfM	A0239/09
6.26	Neubau Freiwillige Feuerwehr Olvenstedt Fraktion CDU/BfM	A0240/09
6.27	Potentialerfassung Wirtschaftsstandort Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0237/09

6.28	Städtebauliche Belange (Andienung) und Sicherheitskonzept Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0209/09
6.29	Finanzielle Beteiligung des Landes am Tunnelbau Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0211/09
6.30	Verbesserung der Verkehrsbeziehungen, Veränderung der Verkehrsführung Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0206/09
6.31	Bauablauf Tunnel - Verkehrsleitkonzept Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0208/09
6.32	DS0373/09 - Frauenförderplan 2008 - 2010, Umsetzung Ziel 4.2 Ausschuss für Familie und Gleichstellung	A0219/09
6.33	Arbeitsfähigkeit der Gremien des Stadtrates Interfraktionell	A0235/09
6.34	Nördlicher Zoo Ein-/Ausgang Fraktion DIE LINKE	A0227/09
6.35	Beteiligung Ausschuss UwE Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0233/09
6.35.1	Beteiligung Ausschuss UwE Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0233/09/1
6.36	Grundsatzbeschluss zum Hauptsacheverfahren SR Westphal ./Stadtrat	A0243/09
6.36.1	Grundsatzbeschluss zum Hauptsacheverfahren SR Westphal ./Stadtrat	A0243/09/1
8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	

9	Informationsvorlagen	
9.1	2. Korrektur des Ablaufplanes zur Erarbeitung des Haushaltsplanes 2010 (Finanz- und Ergebnisplan)	I0263/09
9.2	Arbeitsstand zur Intensivierung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene	I0265/09
9.3	Touristische Erschließung in Südost	I0266/09
9.4	Pilotprojekt - Integrierte Sozialarbeit - Sozialregion Nord	I0279/09
9.5	Soziale Schuldnerberatung	I0281/09
9.6	Umsetzungsvorschlag der Jobcenter ARGE Magdeburg GmbH	I0290/09
9.7	Sachstand KJFE "Werder"	I0296/09
9.8	Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 30.09.2009	I0299/09
9.9	Information zur Drucksache DS0477/09 "Bestellung der/ des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragte/r	I0302/09
	Nichtöffentliche Sitzung	
10	Anfragen an die Verwaltung	

11	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
11.1	Ehrung gemäß Ehrenbürgersatzung der Landeshauptstadt Magdeburg	DS0468/09
11.2	Personalangelegenheit	DS0411/09
11.4	Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID Magdeburg GmbH)	DS0453/09
11.4.1	Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID Magdeburg GmbH)	DS0453/09/ 1
11.4.2	Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID Magdeburg GmbH) Oberbürgermeister	DS0453/09/ 2
12	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
12.1	Überdachte Eisbahn Bündnis 90/Die Grünen	A0217/09

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet die 010.(V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
Zu Beginn anwesend	39	“	“
maximal anwesend	50	“	“
entschuldigt	7	“	“

2. Bestätigung der Tagesordnung
-

1. zurückgezogene TOP

Der TOP 6.36 A0243/09 – Vorsitzende des Stadtrates Beate Wübbenhorst
Grundsatzbeschluss zum Hauptsacheverfahren SR Westphal
gegen den Stadtrat der LH Magdeburg

und der dazugehörige Änderungsantrag A0243/09/1 der
Fraktion DIE LINKE

werden von der Tagesordnung **zurückgezogen**.

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

6.2.	Sanierung der Humboldt-Sporthalle Interfraktionell WV v. 30.04.09	A0103/09
------	---	----------

Die Ausschüsse BSS, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Bürgermeister Dr. Koch gibt die aktuellen Daten bezüglich der Kosten der Sanierung der Humboldt-Sporthalle bekannt und merkt an, dass dies auch bereits im Ausschuss BSS vorgestellt wurde. Er empfiehlt dem Stadtrat, sich für die Sanierung der Humboldt-Sporthalle auszusprechen.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zum Antrag A0103/09 Stellung.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, stellt klar, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag A0103/09 nicht um eine Entscheidung handelt, sondern um die Prüfung einer Vergleichsmöglichkeit. Er führt weiter aus, dass man eine belastbare Studie für einen alternativen Neubau auf dem Gelände des Sportvereins TuS benötigt. Stadtrat Müller bittet abschließend um Zustimmung zum interfraktionellen Antrag A0103/09.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke sieht im Namen seiner Fraktion den Antrag A0103/09 als erfüllt an und bezeichnet das Ergebnis der Stellungnahme S0153/09 als eindeutig. Er signalisiert die Ablehnung zum Antrag A0103/09.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, verweist darauf, dass dem Ausschuss FG die vorliegenden Zahlen nicht ausreichen.

Der Bürgermeister Dr. Koch betont, dass die aktuellen Zahlen im Ausschuss FG nicht vorlagen und das Votum des Ausschusses sonst wahrscheinlich anders ausgefallen wäre.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist auf die klaren Voten der Fachausschüsse und bittet zukünftig darum, zukünftig Prüfaufträge zu beschließen und nicht in die Ausschüsse zu überweisen. Er bittet um Zustimmung zum Antrag A0103/09.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg geht auf die Intention des Antrages A0103/09 und auf die vorliegende Stellungnahme S0153/09 unter Beachtung der aktuellen Daten ein. Er schließt sich im Namen seiner Fraktion dem Standpunkt der Fraktion CDU/BfM an und würde dem Antrag A0103/09 unter den jetzigen Gesichtspunkten nicht mehr zustimmen.

Stadträtin Schumann, FDP-Fraktion, signalisiert für ihre Fraktion ebenfalls die Ablehnung zum interfraktionellen Antrag A0103/09.

Im Rahmen der weiteren umfangreichen Diskussion erläutert Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, nochmals den Sachverhalt und stellt klar, dass heute nicht über den Standort entschieden wird.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 228-010(V)09

Der interfraktionelle Antrag A0103/09 –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

die Umsetzung des Grundsatzbeschlusses (Nr. 2049-58(III)02) zur Sanierung der Sporthalle an der ehemaligen Humboldt-Schule aus dem Jahre 2007 auf der Grundlage aktueller vergleichender Kostenberechnungen alternativ zu einem Neubau auf dem Gelände des Sportvereins TuS (Turn- u. Sportgemeinschaft 1860 Magdeburg-Neustadt e.V.) in der Zielitzer Straße zu prüfen und dem Stadtrat zeitnah vorzulegen.

Dabei sind der Gesichtspunkt der perspektivischen Energiebilanz eines sanierten Gebäudes zu einem Neubau und die aktuelle Entwicklung in der Nutzung zu berücksichtigen. –

wird **abgelehnt**.

6.3.	Grundsatzbeschluss zum Ersatzneubau der Friedhofskapelle Salbke	A0099/09
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 28.05.09	

Es liegt der Änderungsantrag A0099/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! vor.

Die Ausschüsse StBV und FG und der BA SFM empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärt sich mit dem vorliegenden Änderungsantrag A0099/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! einverstanden und bittet darum, diesem zuzustimmen.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke weist darauf hin, dass diese Investition durch die Friedhofsnutzer refinanziert werden muss, signalisiert aber die Zustimmung zum Antrag A0099/09.

Gemäß Änderungsantrag A0099/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 9 Enthaltungen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert

Absatz 2, 1. Halbsatz erhält folgende Fassung:

Die Konzeption **soll entsprechend der Variante 1** dergestalt erfolgen, ...

Abs. 3 ist zu streichen

Abs. 4 Satz 1 ist zu streichen

Gemäß Antrag A0099/09 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0099/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 229-010(V)09

Der Stadtrat beauftragt in Anwendung § 6 (2) Eigenbetriebsgesetz die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) einen Ersatzneubau für die wegen akuter Baufälligkeit abgerissene Kapelle des Friedhofes Salbke zu konzipieren.

Die Konzeption soll entsprechend der Variante 1 dergestalt erfolgen, dass eingelagerte Bauteile der abgerissenen Kapelle, wie insbesondere die Fenster derselben eine Wiederverwendung im Ersatzneubau finden.

6.4. Deutscher Städtetag - RGRE

A0113/09

FDP-Fraktion
WV v. 28.05.09

Die Ausschüsse KRB, FG und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Teamleiter 2 Herr Klaffehn, in Vertretung des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche, teilt mit, dass am 02.12.09 durch den Leiter des Europabüros des Deutschen Städtetages in Brüssel darüber informiert wurde, dass der Deutsche Städtetag auf seiner Tagung am 04.05.2009 die beitragsfreie Mitgliedschaft zum RGRE beschlossen hat. Eine außerordentliche Delegiertenkonferenz des RGRE soll am 09.12.09 einen Beschluss dazu herbeiführen und im Anschluss über das Abstimmungsergebnis informieren.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg merkt an, dass der Antrag A0113/09 mit den Ausführungen von Herrn Klaffehn eigentlich erledigt ist.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster bringt einen Änderungsantrag A0113/09/1 ein.

Gemäß Änderungsantrag A0113/09/1 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) die beitragsfreie Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Magdeburg erklären zu lassen.

Gemäß Antrag A0113/09 der FDP-Fraktion unter Beachtung des Änderungsantrages A0113/09/1 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 230-010(V)09

Der Oberbürgermeister wird gebeten, im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) die beitragsfreie Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Magdeburg erklären zu lassen.

6.5.	Volkshochschule organisiert thematische Reisen in Magdeburger Partnerstädte	A0133/09
	Fraktion DIE LINKE WV v. 13.08.09	

Die Ausschüsse K und BSS empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, dankt der Verwaltung für die vorliegende Stellungnahme S0274/09, hält aber einen Zeitraum „bis zu 3 Jahren“ für angemessen.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke informiert über eine im Ausschuss vorgenommene redaktionelle Änderung im Beschlusstext des Antrages A0133/09. (Im ersten Satz ist zu streichen: bei der Erstellung des nächsten Semesterprogramms der VHS)

Gemäß modifizierten Antrag A0133/09 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 231-010(V)09

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, einen thematischen Vorbereitungskurs zur gemeinsamen Durchführung einer Reise in die Magdeburger Partnerstadt Sarajevo anzubieten.

Des Weiteren wird der Oberbürgermeister gebeten Gespräche zu führen, um auf Seiten der Administration Sarajevos möglichst etwas Ähnliches zu initiieren.

Bei erfolgreicher Resonanz sind in der Folge auch die weiteren Partnerstädte Magdeburgs analog zu behandeln.

6.6.	Luther-Pilgerweg FDP-Fraktion WV v. 13.08.09	A0136/09
------	--	----------

Die Ausschüsse K und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster geht auf die Intention des Antrages A0136/09 ein.

Gemäß Antrag A0136/09 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 232-010(V)09

Analog der Südroute des Lutherweges der Tourismusregion Wittenberg bemüht sich die Landeshauptstadt Magdeburg um eine Nordroute für den Luther-Pilgerweg resp. eine Verlängerung der Südroute unter Einbeziehung Magdeburgs.

- 6.7. Teiche an Magdeburger Anglerverein e. V. A0145/09
 Fraktion CDU/BfM
 WV v. 13.08.09
-

Die Ausschüsse UwE und KRB empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Im Ergebnis der vorliegenden Stellungnahme S0308/09 zieht Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM den Antrag A0145/09 **zurück**.

- 6.8. Aussetzen der Umstellung des Sammelsystems der Wertstoffentsorgung A0152/09
 Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
 WV v. 13.08.09
-

Der BA SAB und die Ausschüsse FG und StBV empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Aufgrund der fortgeschrittenen Vertragsgestaltung zieht der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg den Antrag A0152/09 **zurück**.

- 6.9. Vergabe von Kita-Plätzen in der Landeshauptstadt Magdeburg A0159/09
 Fraktion DIE LINKE
 WV v. 10.09.09
-

Die Ausschüsse Juhi und FuG lehnen die Beschlussfassung ab.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, geht auf die Zielstellung des Antrages A0159/09 und auf die Ausgangssituation ein. Die vorliegende Stellungnahme S0293/09 der Verwaltung bezeichnet er als nicht zufriedenstellend, da seine Fraktion in der Frage der Vergabe von Kita-Plätzen mehr Einfluss durch die Landeshauptstadt Magdeburg erwartet. Er empfiehlt dabei, die Kompetenz im Jugendamt zu bündeln.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning nimmt zum Antrag A0159/09 Stellung und verweist dabei auf eine intensive Beteiligung der Stadt bei der Kita-Platz-

Vermittlung. Er stellt aber klar, dass man nicht in die Autonomie der Freien Träger eingreifen kann.

Herr Brüning erläutert weiterhin die derzeitige Situation bezüglich der Vergabe von Kita-Plätzen und erklärt, dass keine zentrale Vermittlung durch die Stadt erfolgen kann. Er bittet darum, dem Antrag A0159/09 nicht zuzustimmen.

Stadträtin Schumann, FDP-Fraktion, verweist auf die Anfrage F0119/09 ihrer Fraktion in dieser Frage und argumentiert gegen die Annahme des Antrages A0159/09.

Stadtrat Nordmann, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, sieht in der vorliegenden Stellungnahme S0293/09 einen Widerspruch und in der Zielstellung der Stadtverwaltung, ein computergestütztes Verfahren per Internet zur Platzbelegung in Kindertageseinrichtungen keine Lösung des Problems. Er plädiert dafür, den Antrag A0159/09 abzulehnen.

Bezüglich der Anmerkung des Stadtrates Nordmann, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! zur Stellung des Jugendamtes und des Jugendhilfeausschusses geht der Oberbürgermeister Dr. Trümper klarstellend auf die Frage der Zuständigkeit im Jugendamt ein. Er legt weiterhin dar, dass aus seiner Sicht das Problem nicht so schwerwiegend ist, wie hier dargestellt. Er sieht aber im Einsatz von entsprechender Software einen Lösungsansatz.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sieht das Kernproblem in den zu wenig vorhandenen Kita-Plätzen in der Stadt Magdeburg.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, nimmt kritisch zur vorliegenden Stellungnahme S0293/09 und zum jetzigen Zustand bei der Vergabe von Kita-Plätzen Stellung.

Im Rahmen der weiteren umfangreichen Diskussion verweist der Oberbürgermeister auf die Auflagen an die Freien Träger und weist die Behauptung des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurück, dass die Stadt Magdeburg den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz nicht gewährleisten kann.

Stadtrat Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! bestätigt ebenfalls, dass ein gewissen Problem vorhanden ist, sagt aber deutlich, dass die Landeshauptstadt Magdeburg eine gute Kita-Landschaft hat. Er empfiehlt, pragmatische Fragen schnell zu lösen.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning stellt klar, dass die Stadt den Rechtsanspruch für die Betreuung von Kindern auf einen sehr hohen Niveau sichert. Er bittet darum, die Dinge nicht in Frage zu stellen, sondern die Probleme bezüglich der Anmeldung für einen Kita-Platz mit einer entsprechenden Software lösen zu können.

Nach weiterer umfangreicher Diskussion bringt der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg den GO-Antrag – **Ende der Rednerliste** – ein.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Ende der Rednerliste

Im Anschluss bringt die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadträtin Frömert eine redaktionelle Änderung zum Antrag A0159/09 ein. (...die Platzvergabe **in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt koordiniert** werden kann.)

Vertreter der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! und CDU/BfM plädieren nochmals für die Ablehnung des Antrages A0159/09.

Nach umfangreicher kontroverser Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 233-010(V)09

Der modifizierte Antrag A0159/09 der Fraktion DIE LINKE –

Der Oberbürgermeister wird angesichts der angespannten Lage bei der Vergabe mit Kita-Plätzen in der Stadt Magdeburg gebeten zu prüfen, inwiefern künftig die Platzvergabe in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt koordiniert werden kann.

wird **abgelehnt**.

6.10.	Ortsteilafeln	A0172/09
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 08.10.09	

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt begründet den Antrag A0172/09 und zieht den 2. Satz des Beschlusstextes zurück. Er bittet um Zustimmung zum Antrag A0172/09.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 234-010(V)09

Der modifizierte Antrag A0172/09 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass an wichtigen Stadtteilzufahrten namentliche Hinweise auf den beginnenden Stadtteil aufgestellt werden können.

Die Finanzierung soll jeweils über private Zuwendungen sicher gestellt werden.

Die mit privatem Engagement in der Sohlener Straße bereits aufgestellte Ortsteiltafel "Westerhüsen", sollte in den städtischen Beschilderungsplan aufgenommen werden. –

wird **abgelehnt**.

6.11. Lichtsignalanlage "Große Diesdorfer Straße/Schmeilstraße" A0221/09
Fraktion DIE LINKE

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrag A0221/09 in die Fachausschüsse zur Haushaltsberatung – vor.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper weist zum wiederholten Mal daraufhin, dass die Zuständigkeit für den Bau von Ampeln nicht bei der Stadt liegt.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, gibt eine redaktionelle Änderung im Beschlusstext des A0221/09 bekannt. (Der Oberbürgermeister wird gebeten...)

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich gegen den GO-Antrag aus.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der modifizierte Antrag A0221/09 wird in die Fachausschüsse zur Haushaltsberatung überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0221/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! wird in die Beratungen mit einbezogen.

6.12. Städtepartnerschaftskongress A0223/09
Fraktion DIE LINKE

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0223/09 in die Fachausschüsse zur Haushaltsberatung – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0223/09 wird in die Fachausschüsse zur Haushaltsberatung überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0223/09/1 der Fraktion CDU/BfM wird in die Beratungen mit einbezogen.

6.13. Akustisch signalisierte Lichtsignalanlagen A0224/09

Fraktion DIE LINKE

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0224/09 in die Fachausschüsse zur Haushaltsberatung – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0224/09 wird in die Fachausschüsse zur Haushaltsberatung überwiesen.

6.14. Barrierefreiheit im Soziokulturellen Zentrum "Feuerwache" A0228/09
Sudenburg

Fraktion DIE LINKE

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0228/09 in die Fachausschüsse zur Haushaltsberatung vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0228/09 wird in die Fachausschüsse zur Haushaltsberatung überwiesen.

6.15. Stadtbibliothek: Fahrbibliothek/Virtuelle Zweigstelle A0229/09

Fraktion DIE LINKE

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0229/09 in die Fachausschüsse zur Haushaltsberatung vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0229/09 wird in die Fachausschüsse zur Haushaltsberatung überwiesen.

- 6.16. Aufstockung des GWA-Initiativfonds A0222/09
Fraktion DIE LINKE
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0222/09 in die Fachausschüsse zur Haushaltsberatung vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0222/09 wird in die Fachausschüsse zur Haushaltsberatung überwiesen.

- 6.17. Etablierung einer geförderten Personalstelle zur A0236/09
Präventionsarbeit bei der AIDS-Hilfe Magdeburg
Fraktion DIE LINKE, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0236/09 in die Fachausschüsse zur Haushaltsberatung vor.

Gemäß interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0236/09 wird in die Fachausschüsse zur Haushaltsberatung überwiesen.

- 6.18. Stadtteilmanager für Neu Olvenstedt - Stand der Vorbereitung A0242/09
Fraktion DIE LINKE
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0242/09 in die Fachausschüsse zur Haushaltsberatung vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0242/09 wird in die Fachausschüsse zur Haushaltsberatung überwiesen.

6.19. Wirken des Tierschutzbeirates der Landeshauptstadt Magdeburg A0230/09
FDP-Fraktion, Dr. Kutschmann Fraktion CDU/BfM

Es liegt der interfraktionelle GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0230/09 in die Ausschüsse GeSo und KRB – vor.

Gemäß interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der interfraktionelle Antrag A0230/09 wird in die Ausschüsse GeSo und KRB überwiesen.

6.20. Händedesinfektion A0231/09
FDP-Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0231/09 in die Ausschüsse GeSo und FG – vor.

Gemäß GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0231/09 wird in die Ausschüsse GeSo und FG überwiesen.

6.21. Beschwerde- und Schlichtungsstelle A0232/09
FDP-Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0232/09 in die Ausschüsse GeSo und in den Aufsichtsrat Wohnen und Pflegen gGmbH – vor.

Gemäß GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0232/09 wird in die Ausschüsse GeSo und in den Aufsichtsrat Wohnen und Pflegen gGmbH überwiesen.

6.22. Gläsernes Rathaus II A0226/09
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0226/09 in die Ausschüsse VW und KRB – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0226/09 wird in die Ausschüsse VW und KRB überwiesen.

6.23. Ausweitung der Onlinedienste auf der Internetpräsenz der A0234/09
 Landeshauptstadt Magdeburg
 Fraktion CDU/BfM

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0234/09 in den Ausschuss VW – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0234/09 wird in den Ausschuss VW überwiesen.

6.24. Mehrgenerationenplatz A0238/09
 Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0238/09 in die Ausschüsse BSS, Juhi und in den BA SFM – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0238/09 wird in die Ausschüsse BSS, Juhi und in den BA SFM überwiesen.

- 6.25. Nutzung des ehemaligen Standortes der Comeniusschule für das Stadtteilmanagement Neustadt A0239/09
Fraktion CDU/BfM
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0239/09 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0239/09 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.26. Neubau Freiwillige Feuerwehr Olvenstedt A0240/09
Fraktion CDU/BfM
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0240/09 in die Ausschüsse KRB und FG – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0240/09 wird in die Ausschüsse KRB und FG überwiesen.

- 6.27. Potentialerfassung Wirtschaftsstandort Magdeburg A0237/09
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0237/09 in den Ausschuss RWB - vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0237/09 wird in den Ausschuss RWB überwiesen.

6.28. Städtebauliche Belange (Andienung) und Sicherheitskonzept A0209/09

Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0209/09 in die Ausschüsse StBV und KRB – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0209/09 wird in die Ausschüsse StBV und KRB überwiesen.

6.29. Finanzielle Beteiligung des Landes am Tunnelbau A0211/09

Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0211/09 in den Ausschuss FG – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0211/09 wird in den Ausschuss FG überwiesen.

6.30. Verbesserung der Verkehrsbeziehungen, Veränderung der Verkehrsführung A0206/09

Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg bittet darum, das Prüfergebnis des Antrages A0206/09 im Ausschuss StBV zu behandeln.

Stadtrat Wendenkampf, SPD-Tierschutzpartei-future!, ergänzt, dass das Prüfergebnis auch im Ausschuss UWE zu behandeln ist.

Gemäß Antrag A0206/09 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 242-010-(V)09

Im Planfeststellungsverfahren zur Eisenbahnüberführung ist parallel zu prüfen, ob für eine Entlastung der Kreuzung Ernst-Reuter-Allee/ Otto-von-Guericke-Straße eine mehrspurige Verkehrsführung in Geradeausrichtung über die Kreuzung Ernst-Reuter-Allee/ Otto-von-Guericke-Straße verzichtet werden kann und stattdessen die Abbiegespuren in die Otto-von-Guericke-Straße ausgebaut werden. Gegebenenfalls ist die verbleibende Geradeauspur mit einer Abbiegefunktion zu verbinden. Auch bei der evtl. Planung eines Tunnels zur Querung der Otto-von-Guericke-Straße ist diese vorrangig anzubinden.

Das Ergebnis der Planung ist im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und im Umweltausschuss zu beraten.

6.31.	Bauablauf Tunnel - Verkehrsleitkonzept Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0208/09
-------	---	----------

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0208/09 in die Ausschüsse StBV, UwE und RWB – ein.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen:

Der Antrag A0208/09 wird in die Ausschüsse StBV, UwE und RWB überwiesen.

6.32. DS0373/09 - Frauenförderplan 2008 - 2010, Umsetzung Ziel 4.2 A0219/09
Ausschuss für Familie und Gleichstellung

Die Vorsitzende des Ausschusses FuG Stadträtin Frömert bringt den Antrag A0219/09 ein und bittet um eine heutige Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0219/09 des Ausschusses FuG **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 235-010(V)09

Der Oberbürgermeister wird gebeten im 4. Quartal 2010 eine Berichterstattung darüber zu geben, welche Projekte mit welchen Zielen – ggf. mit welchen Ergebnissen – initiiert wurden.

6.33. Arbeitsfähigkeit der Gremien des Stadtrates A0235/09
Interfraktionell

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper informiert über die zu erwartenden Kosten bezüglich der Installation eines WLAN-Netzes im Bereich des Alten Rathauses.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, kann die aufgeführten Kosten des Oberbürgermeisters Dr. Trümper nicht nachvollziehen und begründet seinen Standpunkt.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 236-010(V)09

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der Stadträte folgende Beschlusspunkte umzusetzen:

1. In allen Beratungsräumen der Gremien des Stadtrates ist für alle Teilnehmer, die IT-unterstützt an den Sitzungen und Beratungen teilnehmen, die Möglichkeit der kabelgebundenen oder WLAN-unterstützten Nutzung der Rechner vorzuhalten.
2. Die Installation und Einrichtung der unter Ziff. 1 genannten Maßnahmen erfolgt bis spätestens 28.02.2010.
3. Alternativ zu Punkt 1 ist auch die Bereitstellung eines IT-(Netzwerk)-Sticks für jede/n Stadträtin/Stadtrat zu prüfen.

- 6.35. Beteiligung Ausschuss UwE A0233/09
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
-

Stadtrat Bock, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0233/09 in den Ausschuss VW – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke unterstützt den GO-Antrag.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Bock, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Antrag A0233/09 wird in den Ausschuss VW überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0233/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! wird in die Beratung mit einbezogen.

- 6.36. Grundsatzbeschluss zum Hauptsacheverfahren SR Westphal A0243/09
 ./Stadtrat
-

Der TOP 6.36 – A0243/09 wurde zurückgezogen.

8. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

8.1. Schriftliche Anfrage (F0205/09) des Stadtrates Kraatz, Fraktion CDU/BfM

LKW-Verkehr auf der Straße „Am Vogelgesang“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

aus dem Stadtteil Neustädter See wurde mir berichtet, dass in letzter Zeit häufiger Lkws ohne Sondergenehmigung die Straße Am Vogelgesang nutzen.

Daher stelle ich heute folgende Frage:

1. Ist es Absicht, die Straße Am Vogelgesang durch nicht zulässigen Lkw-Verkehr (über 7,5t) mutwillig zerstören zu lassen, so dass eine Sanierung erforderlich wird?

Hintergrund ist der Verdacht der Einwohner, dass mit einer erforderlichen Sanierung der Straße Am Vogelgesang das Ziel verfolgt wird, die Straße zu sperren und somit den Zoo mit dessen Betriebsgelände zu verbinden.

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

In Beantwortung der Anfrage informiert der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann, dass die Straße „Am Vogelgesang“ auf den ersten 400 m, also nicht auf der gesamten Länge, vom Schöppensteg aus für Fahrzeuge mit einem Gesamtgewicht über 7,5 t zulässig ist. Durch diese Längenbegrenzung zeigt sich, dass es nicht beabsichtigt ist, dort durch starken LKW-Verkehr die Straße, die sich in der Baulast der Stadt befindet und für die die Stadt die Verkehrssicherungspflicht hat, zu beschädigen. Insbesondere verweist er darauf, dass die Stadt keinesfalls Verstöße gegen Regelungen der StVO veranlasst.

8.2. Schriftliche Anfrage (F0207/09) des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Barrierefreiheit in der Zooschule

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Zooschule in Magdeburg kann auf eine langjährige und erfolgreiche Arbeit verweisen, so dass man sie ohne weiteres schon als eine Traditionseinrichtung mit besonderer Ausstrahlung bezeichnen kann. Sie ist beliebt bei Jung und Alt, bei Kindern wie Eltern. Dies bestätigt und unterstreicht auch die Stellungnahme S0108/09 der Verwaltung zu meiner Anfrage F0041/09 zu Perspektiven der Zooschule vom März dieses Jahres. Umso verwunderlicher muss es erscheinen, dass dieses Angebot scheinbar Menschen mit Behinderung vorenthalten bleiben soll, wie es die Niederschrift der AG Menschen mit Behinderung vom Monat November 2009 ausweist.

Ich frage daher den Oberbürgermeister:

Wie ist der aktuelle bzw. künftige bauliche Zustand der Zooschule einzuschätzen?

Ist es richtig, dass diese Einrichtung leider nicht barrierefrei erschlossen ist und das obwohl aktuell finanzielle Mittel in nicht unwesentlicher Höhe in die das Gebäude der *GS An der Klosterwuhne* geflossen sind? Sollte dem so sein, wie ist es dann zu rechtfertigen, vor diesem Hintergrund die Zooschule dorthin zu verlegen?

Wie wird entsprechend des Gleichbehandlungsgebotes ein gleichberechtigter und chancengerechter Zugang zu dieser Bildungseinrichtung für alle Kinder und Jugendlichen der LH Magdeburg und – wenn gewünscht auch darüber hinaus aus den Umlandgemeinden – gewährleistet?

Sind Sie mit mir einer Meinung, dass sich die LH Magdeburg verpflichtet hat entsprechend der *Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Artikel 26, Integration von Menschen mit Behinderung* diesen ein selbstbestimmtes und chancengerechtes Leben zu ermöglichen und dieses im konkreten Fall den Besuch der Zooschule auch durch möglicherweise körperlich beeinträchtigte Kinder mit einschließt?

Was gedenken Sie zu tun, um diesem Anspruch auch tatsächlich gerecht zu werden und den Besuch der Zooschule allen Kindern zu ermöglichen?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.3. Schriftliche Anfrage (F0206/09)des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Kommunalfinanzen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die schwarz-gelben Steuererleichterungsprojekte, insbesondere die erneute Kürzung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft für ALG II-Beziehende stellen vielerorts eine Gefahr für die ohnehin schon durch die Wirtschaftskrise geschwächten Kommunen dar und schränken kommunale Handlungsspielräume ein. Schwarz-Gelb wird die Kürzung des Bundesanteils an den Wohnkosten und das vermeintliche Wachstumsbeschleunigungsgesetz durch den Bundestag beschließen und an den Bundesrat verweisen.

Die Kommunen sind im Vergleich zu Bund und Ländern von der Wirtschaftskrise mit einem Einbruch bei den Steuereinnahmen von 10 % in 2009 besonders betroffen. Dies liegt zum einen an der besonderen Abhängigkeit der Kommunen von den Unternehmenssteuern. Zum anderen an den noch von der Großen Koalition beschlossenen Steuererleichterungen in den Konjunkturpaketen I und II sowie dem Bürgerentlastungsgesetz.

Dieser Einbruch in den Gemeindefinanzen wird durch das von der Bundesregierung eingebrachte Wachstumsbeschleunigungsgesetz verschärft, welches weitere Steuererleichterungen für Unternehmen und Bürger/innen vorsieht. Beide Vorhaben bringen Einnahmeverluste für die Kommunen mit sich.

Außerdem müssen die Kommunen auf der Ausgabenseite eine zusätzliche Belastung durch eine erneute Reduzierung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft für ALG II-Beziehende in 2010 hinnehmen. In der Folge werden die Kommunen die aufgrund der Wirtschaftskrise

steigenden Mehrkosten bei der Unterkunft von ALG II-Empfänger/innen Euro allein tragen müssen.

Diese Steuererleichterungen und Ausgabensteigerungen schwächen auch die Investitionskraft und damit die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Wir fragen daher die Verwaltung:

1. Wie beurteilt die Verwaltung die Entwicklung der Finanzlage der Stadt in den nächsten 5 Jahren?
2. Mit welcher Entwicklung der Steuereinnahmen rechnet die Verwaltung im Jahr 2010?
3. Mit welchen Mindereinnahmen rechnet die Verwaltung in Folge der 2009 beschlossenen Steuererleichterungen nach Maßgabe der Konjunkturpakete I+II und des Bürgerentlastungsgesetzes?
4. Mit welchen Mindereinnahmen rechnet die Verwaltung aufgrund der Steuererleichterungen nach Maßgabe des von der neuen Bundesregierung beschlossenen Wachstumsbeschleunigungsgesetzes differenziert nach Einkommenssteueranteilen, Umsatzsteueranteilen und Gewerbesteuer?
5. Welche Auswirkungen werden die steuerlichen Mindereinnahmen auf die Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich für unsere Stadt haben?
6. Wie beurteilt die Verwaltung die Pläne des Bundestages, die Gewerbesteuer durch Umsatzsteueranteile und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer zu ersetzen und ein örtliches Hebesatzrecht auf die Einkommenssteuer und die Körperschaftssteuer einzuführen?
7. Mit welchen Mehrkosten rechnet die Verwaltung im Jahr 2010 bei der Betreuung der Hartz-IV-Bezieherinnen? Wie viel davon ist auf die Entwicklung am örtlichen Arbeitsmarkt zurückzuführen? Wie hoch ist der Anteil der Mehrkosten, der auf die Kürzung des Bundesanteils zurückzuführen ist?

Wir bitten um ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister führt aus, dass zu den aufgeworfenen Fragen die entsprechenden Ausführungen nach derzeitigem Wissensstand im Vorbericht zum Haushalt 2010 enthalten sind. Neuere Erkenntnisse liegen nicht vor.

8.4. Schriftliche Anfrage (F0210/09) des Stadtrates Gärtner, NPD

Thema: „Libertäres“ Zentrum

In Anlehnung an die Stellungnahmen aus den Anfragen F0106/09 und F0192/09 ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Nach aktuellem Erkenntnisstand haben die zukünftigen Betreiber o.g. Projektes Abstand von einer durch die Stadtverwaltung begleiteten Realisierung der bisher unbekanntem Aktivitäten im Rahmen eines „libertären“ Zentrums genommen. Wie sah die Unterstützung der Stadtverwaltung bis zum besagten Abbruch der gemeinsamen Projektrealisierung aus?
2. Durch die von den Initiatoren vorgenommene Beendigung der Zusammenarbeit ergibt sich für die Stadtverwaltung folgerichtig keine weitere Beteiligungsmöglichkeit. Welche Maßnahmen waren auf Seiten der Stadtverwaltung vorgesehen, um die Realisierung eines Projektes unter dem Namen „libertäres“ Zentrum abzuschließen?
3. In der Stellungnahme auf Anfrage F0106/09 im Aspekt der Verfolgung einer gewissen Zielorientierung der Stadt zur praktischen Realisierung des Projektes wurde geantwortet, daß eine solche spezifizierte Orientierung durch die Stadt nicht vorhanden ist. Was ist für die Stadtverwaltung ein „libertäres Zentrum“? Welche Kriterien müssen erfüllt werden, um in den Augen der Stadtverwaltung von einem „libertären Zentrum“ zu sprechen?
4. Eine juristische Person auf Seiten der „Zentrums-Betreiber“, und damit ein rechtlich adäquater Verhandlungspartner, lag im Zeitraum der Kooperation durch die Stadtverwaltung nicht vor. Ist es für die Magdeburger Stadtverwaltung ausreichend, ein öffentlich leer stehendes Gebäude rechtswidrig zu besetzen und sich Straßenschlachten mit der Polizei zu liefern, um in den Status einer der Stadt entsprechenden Verhandlungsposition zu gelangen?
5. Wenn 4. nicht zutreffend ist, welche Voraussetzungen sind stattdessen für die Stadtverwaltung vonnöten, um im Zuge als Gruppe außerhalb einer juristischen Person in Verhandlung treten zu können?

Ich bitte um eine kurze mündliche und eine ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

In seinen Ausführungen weist der Beigeordnete Herr Platz die in der Anfrage unterschwellig zum Ausdruck kommenden Unterstellungen in aller Entschiedenheit zurück und verbittet sich derartige Unterstellungen.

Er informiert über ein Gespräch mit jungen Magdeburgerinnen und Magdeburgern zur Frage, ob es ein geeignetes Objekt in städtischer Hoheit geben könnte, welches im Wege eines Verkaufs oder eines Erbbaupachtvertrages überlassen werden soll. Über die Konditionen konnte nicht gesprochen werden, weil über das Stadium der Besichtigung erster Objekte nicht hinausgegangen und somit auch kein Eintreten in die konkrete Verhandlungsphase erfolgte. Nach der Entscheidung der Initiative für ein Privatobjekt bestand keine Einbeziehung der Stadt mehr. Abschließend verweist er auf die bereits im August erfolgte Beantwortung der Anfragen des Stadtrates Gärtner und der Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE.

8.5. Schriftliche Anfrage (F0213/09) des Stadtrates Rösler, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Verteilung der Kosten des Tunnels

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Berechnungen zur Kostenverteilung zwischen Bahn und Stadt, welche Bestandteil der Kreuzungsvereinbarung ist (Anlage 1 der Vereinbarung, Entwurfsplanung der DB ProjektBau GmbH und des Dezernates Stadtentwicklung, Bau und Verkehr der Landeshauptstadt vom 13.03.2009), werden die Baukosten der sogenannte „Null-Variante“ mit 25,89 Mio. € angegeben. Darin enthalten sind der Neubau der Brücken und die Absenkung der Fahrbahn um 71 cm inklusive des Neubaus eines wasserundurchlässigen Troges, der Kanalisation und der Straßenbahnschienen.

Dagegen sollen die Kosten der „Null-Variante“ laut der Tunneldrucksache (DS0266/09) 48,26 Mio. € betragen. Der Unterschied beträgt beachtliche 22,37 Mio. €, welcher nur zu geringen Teilen damit begründet werden kann, dass der Straßenverlauf in der „Null-Variante“ der Drucksache um weitere 60 cm tiefer liegt.

Auf Basis des im Rahmen der aktuellen Planungen festgestellten Betrages von 25,89 Mio. € für die „Null-Variante“ lt. Entwurfsplanung errechnet sich der geringe prozentuale Kostenanteil von nur 42,13 v. H. der Deutschen Bahn und der mit hohem finanziellem Risiko behaftete Anteil von 57,87 v. H. der Stadt an den gesamten Kosten des Kreuzungsprojektes.

Ende September habe ich den Beigeordneten Herrn Dr. Scheidemann im Finanz- und Grundstücksausschuss auf den o. g. Widerspruch aufmerksam gemacht und darum gebeten, den Kostenverteilungsschlüssel in der Kreuzungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn zu überprüfen.

Daher ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Ist der Kostenverteilungsschlüssel zwischen der Bahn und der Landeshauptstadt korrekt?
2. Wurde inzwischen ein geänderter Verteilungsschlüssel mit der Bahn vereinbart?
3. Wenn Frage 1 mit ja zu beantworten ist: Weshalb wurde den Stadträten und der Öffentlichkeit eine so hohe Bausumme für die „Null-Variante“ vorgelegt?

Ich bitte um eine kurze mündliche und um möglichst schriftliche Antwort bis zur Sondersitzung des Stadtrates am 11.12.2009.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

In Beantwortung der Anfragen bestätigt der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann, dass der Kostenverteilungsschlüssel korrekt ist und verweist darauf, dass ein unabhängiger Dritter – das Eisenbahnbundesamt als verantwortliche Prüfstelle – den Kostenschlüssel geprüft hat. Aus diesem Grund wurde kein anderer Kostenschlüssel vereinbart, weil der vorliegende durch die Prüfung des Eisenbahnbundes maßgeblich ist.

Eingehend auf Frage 3 legt Herr Dr. Scheidemann dar, dass seinerzeit für die Nullvariante auf Grund der in den Jahren 2006/07 erarbeiteten Studie die Kosten grob hochgerechnet wurde. Diese Hochrechnung war der Ansatz für die dem Stadtrat vorgelegte Kalkulation.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.6. Schriftliche Anfrage (F0215/09) des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Film zum Tunnel

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Rahmen der Tunneldiskussion arbeitete die Verwaltung in den Ausschüssen des Stadtrates, aber auch immer noch auf der Internetseite mit einem, vorsichtig gesagt, stark polarisierenden Film mit vielen Falschaussagen.

Ich frage daher an:

1. Wer hat diesen Film hergestellt?
2. Wer hat ihn beauftragt und bezahlt?
3. Was hat er gekostet?

Ich bitte um ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.7. Schriftliche Anfrage (F0211/09) des Stadtrates Gärtner, NPD

Thema: Integrationskoordinator

In Anlehnung an die Stellungnahme aus der Anfrage F0104/09 ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Die berufliche Qualifikation zur Besetzung des Amtes des Integrationskoordinators ist erfüllt, wenn eine Hochschulausbildung als Sozialpädagoge, Soziologe oder Psychologe vorliegt. Welchen akademischen Grad führt der Integrationskoordinator Herr Coulibaly?

2. Für den Fall, dass Herr Coulibaly keinen Hochschulabschluss besitzt, welche Berufsausbildung hat Herr Coulibaly absolviert?
3. In der Stellungnahme der Verwaltung zu o.g. Anfrage wird zur beruflichen Qualifikation ebenfalls eine mehrjährige Erfahrung mit dem zu integrierenden Personenkreis angeführt. Wie ist der zu integrierende Personenkreis für das Hoheitsgebiet der Stadt Magdeburg definiert?
4. Welche mehrjährigen Erfahrungen müssen mit dem zu integrierenden Personenkreis gesammelt werden, um die entsprechende berufliche Qualifikation des Integrationskoordinators erfüllen zu können?

Ich bitte um eine kurze mündliche und eine ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Der Beigeordnete Herr Platz verweist auf seine Zuständigkeit hinsichtlich der Punkte 1 und 2 der Anfragen und legt dar, zunächst prüfen zu lassen, ob die Fragestellungen eine Angelegenheit des Stadtrates Gärtner sind und behält sich eine schriftliche Beantwortung vor.

Bezüglich der Bemerkung des Stadtrates Gärtner, NPD, dass „nicht jeder Beigeordnete des Lesens mächtig sei“, fordert die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst Stadtrat Gärtner auf, diese Behauptungen zu unterlassen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Die noch vorliegenden Anfragen F0198/09, F0201/09 der FDP-Fraktion, F0203/09, F0204/09, F0209/09 der Fraktion CDU/BfM, F0208/09 der Fraktion DIE LINKE, und F0212/09 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden schriftlich durch die Verwaltung beantwortet.

9. Informationsvorlagen

Die vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – 9.9 werden zur Kenntnis genommen.

Bezug nehmend auf die vorliegende Information richtet Stadtrat Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, an den Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Herrn Brüning, die Frage, seit wann in den Bereich Werder auch der Bereich Altstadt mit einbezogen wurde und ob üblicherweise Jugendliche und junge Erwachsene hier aufgenommen werden. Weiterhin erbittet er Auskunft darüber, welche Schwierigkeiten gerade bei der Einbeziehung von jungen Erwachsenen in ein übergreifendes Projekt aufgetreten sind.

Stadtrat Nordmann, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, bezeichnet es als wichtig nicht nur Fakten zu schaffen sondern speziell darauf zu achten, dass die Jugendhilfeplanung im Bereich Jugendfreizeiteinrichtungen genau festlegt, in welchem Bereich welche Bedürfnisse vorhanden sind. Resultierend daraus ist dann festzulegen, was in welchen Einrichtungen stattfindet.

In Beantwortung der Nachfragen nimmt der Beigeordnete Herr Brüning Bezug auf die Beschlussfassung des Stadtrates zur DS0553/09 - Infrastrukturplanung für die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit - vom 25. 06. 2009, und führt erläuternd aus, dass in Umsetzung dieses Beschlusses ein Zeitverzug besteht. Er begründet diesen mit der Entwicklung von Nutzungsvarianten, die nicht nur in alleiniger Verantwortung der Stadt Magdeburg stehen. Er informiert über die im Rahmen der Diskussion zur KJFE „Werder“ getroffene Feststellung der Jugendhilfeplanung, dass im Bereich Werder von ca. 250 Kinder und Jugendlichen, die für eine Nutzung der Einrichtung infrage kommen, zwischen 7 und 13 % die KJFE „Werder“ nutzen. Er bezeichnet bei dieser Auslastung die Tätigkeit von vier hauptamtlichen Beschäftigten aus dem Jugendamt als überdimensioniert und verweist darauf, dass diese Frage im Zusammenhang mit der Infrastrukturplanung der Jugendhilfeplanung im Stadtrat ausgiebig diskutiert wurde.

Im Weiteren informiert der Beigeordnete Herr Brüning, dass im Ergebnis dieser Diskussion eine sozialräumliche Planung angestellt wurde mit der Feststellung, dass bei einer Schließung der Einrichtung keine vergleichbare Alternative im Bereich Werder, Damaschkeplatz, Uniplatz und Hasselbachplatz vorgehalten werden kann. Diesen Bereich betrachtend wären dann ca. 3000 Kinder und Jugendliche, mit ganz bestimmten Lebenslagen, wie z.B. Migrationshintergrund, betroffen. Eingehend auf die Aufgabenstellungen in der Kinder- und Jugendarbeit in diesem Bereich, wie z.B. Integrationsarbeit, Hilfen im Bereich für unter 25jährige zur Vermittlung von Lebensperspektiven, macht er klarstellende Ausführungen. Insbesondere verweist er auf die Notwendigkeit, die besten sozialpädagogischen Fachkräfte trägerübergreifend auf ein Tätigwerden in der Einrichtung anzusprechen.

Im Weiteren macht er Ausführungen zur Aufgabenstellung der stadtteilübergreifenden Familienarbeit. Herr Brüning legt dar, dass vor einer Beschlussfassung des Stadtrates zunächst die Realisierbarkeit des Konzeptes nachgewiesen werden muss, insbesondere auch unter dem Aspekt erforderlicher Investitionen für die Einrichtung und verweist auf die bestehende Frage, ob künftig auf die Einrichtung der sozialen Infrastruktur verzichtet werden soll oder nicht. Abschließend verweist er darauf, dass mit der Aufnahme der benannten Projekte die Nutzung der sozialen Infrastruktur in diesem Bereich zeitlich begrenzt bis zur Entscheidung des Stadtrates erprobt werden soll.

Stadtrat Nordmann, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, verweist nochmals auf seinen eingangs gegebenen Hinweis zur Beachtung der Bedarfe bei der Planung der Jugendhilfearbeit. Eingehend auf die bestehende Planung nimmt er Bezug auf die benannte Anzahl der Kinder und Jugendlichen im Bereich Altstadt und im Bereich Werder. Er bezweifelt, dass eine verstärkte Nutzung der KJFE Werder durch Kinder und Jugendliche des Bereiches Altstadt erfolgt. Für ihn stellt sich vielmehr die Frage, welche Möglichkeiten der Schaffung von Einrichtungen bzw. Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche im Bereich Altstadt es gibt. Hinsichtlich der weiteren Nutzung der KJFE „Werder“ verweist er auf einen entsprechenden Beschluss des Stadtrates vom 10. 12. 2007 zum Verkauf des Objektes und der Nutzung des Verkaufserlöses zum investiven Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit. Er legt seine Auffassung dar, die Thematik weiter im Jugendhilfeausschuss zu diskutieren.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke, bringt seine Irritation zur geführten Diskussion zum Ausdruck und legt dar, dass die benannten Projekte Bestandteil der Jugendhilfeplanung sind und die Thematik im Unterausschuss Jugendhilfeplanung diskutiert werden muss. Er appelliert an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, die Jugendhilfeplanung zu Ende zu führen und sich dabei auch zu Änderungen der Strukturen zu bekennen, auch wenn das heißt, eine Einrichtung ist dann nicht mehr existent.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, kann den Ausführungen des Stadtrates Schwenke folgen. Bezogen auf den beantragten Redebedarf zur Thematik verweist er auf die Kenntnisnahme der Information im Jugendhilfeausschuss und zieht die Schlussfolgerung, dass in diesem Fachgremium scheinbar kein großer Gesprächsbedarf bestanden hat. Bezug nehmend auf die Ausführungen des Stadtrates Nordmann verwahrt er sich davor, dass getroffenen Stadtratsbeschlüsse falsch wiedergegeben werden. Er legt dar, dass es nie einen Beschluss zum Verkauf der Einrichtung „Werder“ gegeben hat, sondern lediglich ein Prüfauftrag existiert, der seinerzeit aus dem Ausschuss FG im Rahmen der Haushaltsberatung im Stadtrat vorgelegt wurde und geht weiterhin auf die inhaltlichen Aspekte des Prüfauftrages ein. Er spricht sich dafür aus, die in Umsetzung des Prüfauftrages ausgelösten Aktivitäten trotz des langen Zeitraumes als positiv zu werten und diese Aktivitäten nicht kritisch zu hinterfragen. Er verweist darauf, dass derzeit nicht mehr passiert, als dass versucht wird in der KJFE qualitativ hochwertige Angebote zu etablieren. Bezug nehmend auf die Erlangung des Titels „Familien- und kinderfreundliche Kommune des Landes Sachsen-Anhalt“ stellt er die Frage, ob die Stadt in der Kinder- und Jugendarbeit dann nicht beispielgebend vorangehen müsste.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning verweist nochmals auf den Beschluss des Stadtrates vom 25. 06. 2009 zur Infrastrukturplanung für die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und darauf, dass sich die Verwaltung hier beschlusskonform verhält. Er führt aus, dass die vorliegende Information dazu dient den Stadtrat darüber zu informieren, was auf dem Gelände der Einrichtung passiert. Insbesondere legt er dar, dass über die Information hinaus im Januar 2010 eine Konzeptidee eingebracht wird, die dafür wirbt, wie die Einrichtung künftig in der Planung zu behandeln ist und verweist darauf, dass es darüber hinaus Planungsvorschläge bzw. –forderungen aus dem Bereich der beteiligten Planungsträger gibt, die für dem 2. Planungsschritt vorgesehen sind und über das Jahr 2010 hinaus gehen. Er sieht hier einen tatsächlichen Handlungsbedarf, weil die soziale Infrastruktur, die im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit vorgehalten wird, effektiver und effizienter zu nutzen ist.

Zur Nachfrage des Stadtrates Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, hinsichtlich gegebener Informationen zu Problemen an den Oberbürgermeister informiert der Beigeordnete Herr Brüning, dass es sich hierbei um Probleme in der Arbeit mit arbeitslos gemeldeten Jugendlichen handelt. Hier werden gegenwärtig die Instrumentarien zur Ermöglichung dieser Arbeit gesucht. Insbesondere geht es hierbei um Möglichkeiten der Unterstützung dieser Jugendlichen, um zu vermeiden, dass sie sich während des Zeitraums der Prüfung der Bedürftigkeit selbst überlassen bleiben.

Zum Sachstand der Einrichtung „Werder“ legt der Oberbürgermeister seine Sicht dar. Er verweist auf die derzeit stattfindende Prüfung zum Objekt und erklärt, dass es noch keine abschließende Entscheidung zum weiteren Umgang mit der Einrichtung gibt. Diese Frage wird im kommenden Jahr zu entscheiden sein.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Wübbenhorst
Vorsitzende des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Wübbenhorst, Beate

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Bartelmann, Gregor

Biedermann, Ursula

Bitter, Uwe

Bock, Andreas

Boeck, Hugo

Bromberg, Hans-Dieter

Budde, Andreas

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Frömert, Regina

Gärtner, Matthias

Giefers, Thorsten

Grünewald, Mario

Hans, Torsten

Hein, Rosemarie Dr.

Heynemann, Bernd

Hitzeroth, Jens

Hoffmann, Michael

Kraatz, Daniel

Krause, Bernd

Lischka, Burkhard

Meinecke, Karin

Meyer, Steffi

Müller, Oliver

Nordmann, Sven

Pott, Alexander Prof.Dr.

Reppin, Bernd

Rogée, Edeltraud

Rohrßen, Martin

Rösler, Jens

Salzborn, Hubert

Schoenberner, Hilmar

Schumann, Andreas

Schumann, Carola

Schuster, Frank

Schuster, Hans-Jörg

Schwenke, Wigbert

Siedentopf, Uta

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Szydzick, Claudia

Theile, Frank

Tietge, Lothar

Trümper, Lutz Dr.
Wähnelt, Wolfgang
Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.
Westphal, Alfred
Zimmer, Monika

Geschäftsführung

Ignatuschtschenko, Anne Dr.
Luther, Silke

Abwesend

Danicke, Martin
Herbst, Sören Ulrich
Hofmann, Andrea
Höroid, Helmut Dr.
Klein, Carsten
Kutschmann, Klaus Dr.
Schindehütte, Gunter